

## POLITISCHE DISKUSSION

# Radikalen Tendenzen in der Polizei entgegenwirken – Belastungen des Polizeiberufs erforschen!

GdP Hamburg: Die ständige Diskreditierung der Polizei in Deutschland gefährdet die öffentliche Sicherheit und Ordnung! Vorfälle wie sie bei den Ausschreitungen in jüngerer Vergangenheit in Stuttgart und Frankfurt bekannt wurden, sind die Folgen, wenn es fast einem sportlichen Wettkampf gleicht, die Polizei in Deutschland zu diskreditieren und an den medialen Pranger zu stellen. Teile der Gesellschaft nehmen daraus ihre Legitimation, die Einsatzkräfte der Polizei anzugreifen. Ähnliche Folgen befürchtet die GdP Hamburg aufgrund der fortwährend geführten Rassismuskonversation weiterhin.

## Der Landesvorstand

Es hilft nicht, wenn auch Spitzenpolitiker immer wieder ihre Meinung in die Welt der sozialen Netzwerke hinausposaunen, ohne belastbare Erkenntnisse gewonnen zu haben. Dieses Verhalten ebnet das Feld für Ausschreitungen wie in Frankfurt und Stuttgart und nimmt inzwischen staatszersetzende Züge an. Es wird Zeit, dass sich alle Akteure ihrer Verantwortung bewusst werden!

Vermeintliche „Polizeiexperten“ nutzen das bereite Feld in den sozialen Medien ganz bewusst für eine Stimmungsmache gegen die Polizei!

Es wird Zeit, dass sich die Politik und Teile der Medien ihrer Verantwortung stellen. Aus Unkenntnis, oder eben bewusst interessengesteuert, wird Stimmung gegen die Po-

lizei gemacht. Ein Umstand, der derzeit auch in Hamburg gut zu beobachten ist.

Ein weiteres Problem dieser Entwicklung ist, dass durch die große mediale Resonanz bzw. die Verstärkung entsprechend einseitiger, unreflektierter Berichterstattung weitere Nachahmer animiert werden.

Die Polizei wird sich der Lage weiterhin stellen und nicht in Selbstmitleid verfallen. Da wo Politik versagt, wo wir sehnsüchtig auf die Verantwortungsübernahme der zuständigen Behörden warten, werden die Kolleginnen und Kollegen weiterhin für den Rechtsstaat eintreten und ihn verteidigen.

Vor dem Hintergrund der derzeitigen Rassismuskonversation stellt die GdP Hamburg klar: Die GdP Hamburg unterstützt eine Belas-

tungsstudie und lehnt eine Rassismuskonversation ab!

## I.

Die Ermittlungen um rechtsradikale Tendenzen in der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen haben zu einem intensiven Diskurs in der deutschen Öffentlichkeit über politische Einstellungen und Betätigungen von Polizeibeamtinnen und -beamten geführt. Diese Diskussionen begrüßt die GdP, weil sie ein notwendiger Teil gesellschaftlicher Entwicklung sind.

Die GdP erkennt ihre Aufgabe darin, sich gegen jede Form des politischen Radikalismus in Staat und Gesellschaft und damit auch in der Polizei zu wenden. Als Gewerkschaft hat die GdP Hamburg die Aufgabe, die Interessen ihrer Mitglieder und die Interessen der Polizeibeschäftigten zu wahren.

## II.

Zur Wahrung der Interessen von Mitgliedern und Beschäftigten gehört auch, zu jedem Zeitpunkt und bei jedem Thema auf die Einhaltung rechtsstaatlicher Verfahrensgrundsätze zu achten.

Das bedeutet im konkreten Fall, dass auch dann, wenn Polizeibeamtinnen und -beamte verdächtig sind, sich rechtsradikal betätigt zu haben, unbedingt darauf geachtet werden muss, dass die betroffenen Beamtinnen und Beamten Rechte haben. Eine dienstrechtliche und politische Bewertung der Vorgänge darf erst dann stattfinden, wenn Tatsachen gesichert sind, rechtliches

**DP – Deutsche Polizei**  
Hamburg

**Geschäftsstelle**  
Hindenburgstraße 49, 22297 Hamburg  
Telefon (040) 280896-0  
Telefax (040) 280896-18  
gdp-hamburg@gdp.de  
www.gdp-hamburg.de  
Adress- und Mitgliederverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Öffnungszeiten der Geschäftsstelle**  
Montag bis Donnerstag  
8.00 bis 16.00 Uhr  
Freitag  
8.00 bis 14.00 Uhr

**Redaktion**  
Jörn Clasen (V.i.S.d.P.)  
Hindenburgstraße 49, 22297 Hamburg  
joern.clasen@gdp.de



„Kommunikation funktioniert bekanntlich viel besser, wenn man nicht anonym schreit, anklagt und das Gegenüber mit Vorwürfen bombardiert.“

Gehört gewährt wurde und ein Lagebild klar erkennbar ist.

### III.

Unabhängig von individueller Schuld und Verantwortung kann und muss die GdP Hamburg zur Frage politischen Radikalismus in der Polizei Stellung nehmen. Hierzu stellt die GdP Hamburg fest: Politischer Extremismus, also die Durchsetzung politisch radikaler Vorstellungen durch die aggressive Bekämpfung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, ist mit dem Polizeiberuf unvereinbar. Polizeibeschäftigte, die des politischen Extremismus im Rahmen eines rechtsstaatlichen Verfahrens überführt sind, müssen die Polizei verlassen.

Im Bereich des politischen Radikalismus erkennt die GdP allerdings Graubereiche, die ohne individuelle Sachverhaltsklärung nicht pauschal zu beantworten sind. Richtschnur bleibt die Einstellung des jeweiligen Beamten/in zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung. In diesem Zusammenhang sind pauschale Werturteile und die vorschnelle Bezeichnung von Vorgängen als rassistisch oder populistisch als nicht hilfreich zu bewerten.

### IV.

Die GdP arbeitet seit Jahrzehnten auf dem Feld der Präventionsarbeit, auch im Bereich des politischen Radikalismus. Wir wissen daher um Wege in die Radikalität und auch

um entsprechende Exit-Strategien. Dieses Wissen wollen wir auch jetzt anwenden.

Individuelle Radikalisierungen sind ohne persönliche Krisen und Negativerfahrungen nicht denkbar.

Dies gilt auch für Polizeibeschäftigte. Da wir am Anfang der Aufklärung über politische Radikalisierungen in der Polizei stehen, können weder die GdP noch andere Akteure seriöse Analysen oder Erklärungen und schon gar keine Lösungswege formulieren. Deshalb setzt sich die GdP Hamburg dafür ein, dass persönliche Belastungen und die Wirkung fortwährender Negativerfahrungen des Polizeiberufs erforscht werden müssen.

**1. Wir wollen als Kolleginnen und Kollegen und als Gewerkschaft wissen, wie sich Denken und Handeln verändern, wenn Polizeibeschäftigte Tag und Nacht wiederkehrende Erfahrungen mit bestimmten Bevölkerungsgruppen, Kriminalitätsfeldern und auch mit Justizabläufen machen.**

**2. Wir wollen als Kolleginnen und Kollegen und als Gewerkschaft wissen, welchen konkreten Rückhalt Polizeibeschäftigte von ihrer Führung (unabhängig von der Führungsebene) und den für sie zuständigen politischen Verantwortungsträgern erwarten und wie sie den Rückhalt erleben.**

**3. Wir wollen als Kolleginnen und Kollegen und als Gewerkschaft wissen, wie sich die Gesundheit der Polizeibeschäftigten entwickelt, die persönliche Belastungen und fortwährende Negativerfahrungen des Polizeiberufs erleben.**

Die GdP unterstützt daher ausdrücklich eine Belastungsstudie und lehnt eine Rassistusstudie ab.

Erneut zu der derzeitigen Kommunikation: Krisenzeiten sind Zeiten von Verunsicherung und Angst. Betroffene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können aufgrund berechtigter wie unberechtigter Vorwürfe aus dem Netz heraus Stressreaktionen entwickeln. Und dies unabhängig davon, ob sie unmittelbar oder nur mittelbar betroffen sind. Deshalb fordern Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowohl von polizeilicher wie politischer Führung Unterstützung ein. Es fällt leicht, sich anlässlich von positiven und unkritischen Anlässen (z. B. an

Tagen der offenen Tür) an der Seite der Polizei zu zeigen. Wirklich registrieren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jedoch, ob politische und polizeiliche Verantwortungsträger ihnen auch in stürmischen Zeiten zur Seite stehen. Die vornehmliche Aufgabe in Krisenzeiten von Führungskräften besteht daher darin, den Mitarbeitern Halt, Orientierung und Sicherheit zu vermitteln. Insbesondere transparente Kommunikation, Erteilen von klaren Aufträgen und die Koordinierung der zur Krise erforderlichen Maßnahmen vermitteln den Kolleginnen und Kollegen die notwendige Struktur. Die Vorgesetzten müssen den Kolleginnen und Kollegen gegenüber deutlich Rückhalt, Beratung bzw. Unterstützung signalisieren. Jede Krise entfaltet eine Binnenwirkung. Es ist besondere Sensibilität und Kommunikationskompetenz seitens der Führungskräfte gefordert.

Das Treffen der richtigen Tonalität stellt eine der größten Herausforderungen im Krisenfall dar. Eine offene Kommunikation nach innen schafft Transparenz im Führungshandeln, vermittelt Handlungssicherheit von Vorgesetzten und stärkt so das Vertrauen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Folge einer ausbleibenden Unterstützung von betroffenen Kolleginnen und Kollegen ist im schlimmsten Fall eine Erkrankung. Häufiger hat das Erleben jedoch negative Auswirkungen auf die Einsatzmotivation im täglichen Dienst. Dazu zusammenfassend Horst Niens, Landesvorsitzender der GdP Hamburg: „Kommunikation zwischen Menschen funktioniert bekanntlich viel besser, wenn man nicht anonym schreit, anklagt und das Gegenüber mit Vorwürfen bombardiert. Das macht auch für berechtigte Kritik unempfindlich. Das ist übrigens auch die hauptsächliche Kritik und das größte Problem bei Debatten im Netz, wo aus vermeintlich größtmöglicher Anonymität heraus gehetzt wird. Ich glaube, dass eine zentrale Bearbeitung auch Chancen bietet. Insbesondere denke ich, dass Verfahren beschleunigt werden können. Adäquat und nachhaltig erfolgreich kann dies aber nur sein, wenn der Beschwerdeführer aber auch eine Antwort bekommen kann. Dafür braucht es die Namen. Und Vertraulichkeit zusichern kann nun die Beschwerdestelle sicher nicht. Ich denke, wir haben in der Vergangenheit auch schon erlebt, wie aus niedrigen Beweggründen letztlich unbegründete Vorwürfe anonym transportiert wurden. Eine offene Gesprächskultur fördert dies aus meiner Sicht nicht.“ ■

Anzeigen

**Notdienst der  
Glaser-Innung Hamburg**  
für alle Hamburger Bereiche

**Glaser-Notdienst  
Tel. 830 06 60**



Firmenungebundene  
Auftragsannahme



... von Freunden empfohlen

# WINTER SPECIAL

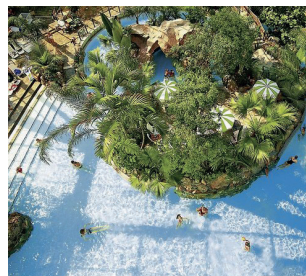
## Bispinger Heide\*\*\*\*

**Wald und Wasser, Aktivitäten und Wellness,  
Natur und Städtetrips: Hier gibt es alles!**

Aufenthalt Wochenmitte  
z.B. 11.01.-15.01.21  
Ferienhaus bis 4 Personen

**ab 296,- €**

weitere Center Parcs und Termine möglich!



**Polizeisozialwerk Hamburg GmbH**

Hindenburgstr. 49

22297 Hamburg

Tel: 040 / 28 08 96 22

Fax: 040 / 28 08 96 27

Mail: [psw-reisen-hamburg@gdp.de](mailto:psw-reisen-hamburg@gdp.de)

[www.psw-hamburg.de](http://www.psw-hamburg.de)





# 1. GdP-Fraud-Congress in Hamburg

## #GemeinsamGegenBetrug

### **GdP Hamburg entwickelt Betrugspräventionskonzepte i.S. Identitätsdiebstahl und –betrug**

Neben der Schufa, CrifBürgel und Fico nahmen Vertreter weiterer Firmen teil, die sich um Betrugsprävention kümmern. Auch Verantwortliche von Warenversendern und Banken sowie Teilnehmer der Telekommunikationsbranche erweiterten das kompetente Forum. Der Kongress entfaltete daher zügig einen Workshop-Charakter und es wurde leidenschaftlich diskutiert.

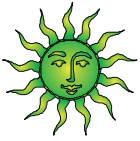
Was wurde erreicht?

Gemeinsam werden wir nunmehr u.a. intensiv daran arbeiten, Bürgerinnen und Bürger nachhaltig über unterschiedliche Medien aufzuklären, was erste Anzeichen dafür sind, dass ihre Identität (z.B. Abhandenkommen seines BPA) gestohlen und betrügerisch genutzt wurde und wie man zügig handelt, um den Schaden zu begrenzen.

Denn eines darf man nicht vergessen: So sehr wir es begrüßen, dass die neue Dienststelle LKA 1 – Betrug mit 140 Kolleginnen und Kollegen ausgestattet sein wird; auch die werden die anfallende Arbeit mit Sicherheit nicht schaffen, da dies schon lange nicht mehr zu bewältigen ist.

Aus diesem Grund setzen wir den Focus auf Prävention, damit auf diese Art und Weise die Fallzahlen hoffentlich nachhaltig zurückgehen.





# Polizeisozialwerk

Hamburg GmbH  
Eine Gründung der Gewerkschaft der Polizei Hamburg



Gewerkschaft  
der Polizei  
Hamburg

## Weihnachtsmärchen 2020

der **Gewerkschaft der Polizei**

# „Der Froschkönig“

Sonntag, den 20.12.2020

12:00 Uhr und 15:30 Uhr

im **Ernst-Deutsch-Theater**  
an der U-Bahnstation **Mundsburg**  
(Einlass ab 11:30 Uhr bzw. ab 15:00 Uhr)

Die Karten inkl. HVV-Ticket  
und Kindertüte kosten pro Person  
**12,- €** bzw. **8,- € \***

(\*für die vier letzten Reihen im Rang)

Reservierungen sind ab sofort möglich:

**Tel.: 040-280896-15** oder **mail: psw-reisen-hamburg@gdp.de**

Die Karten liegen ab dem 16.11.2020 zur Abholung bei uns  
im Polizeisozialwerk bereit.

**Wichtiger Hinweis:** Wir bitten um Ihr Verständnis, dass reservierte  
Karten, die bis zum 04.12.2020 nicht bei uns abgeholt werden, wieder  
in den freien Verkauf gehen!





## BEIHILFE

# AG-Beihilfe – Jahresgespräch 2020

Es war mal wieder soweit, und nach längerer Vorplanung trafen sich die Mitglieder der AG Beihilfe am 29. September 2020 in der ZPD mit den Vertretern des Personalamtes (der Leiter, Herr Volker Wiedermann, und Herr Stefan Priewe) sowie dem Leiter der ZPD, Herr Sebastian Lindhof; dem Leiter des Geschäftsbereich Beihilfe, Herr Nikolas Jeserich.

### Klaus-Peter Leiste

Auf der TO standen seitens der AG-Beihilfe wieder mehrere Themen und natürlich die „Beihilfebearbeitungszeiten“ an erster Stelle!

Zum Sachstand Beihilfebearbeitungszeiten: Herr Jeserich stellte die aktuellen Zahlen der Bearbeitungszeiten dar:

So gingen im August 2019 = 24.146 Beihilfeanträge in der ZPD ein, bis Ende des Jahres auf 26.761 Anträge stiegen und im Januar 2020 waren es dann gleich 32.920 Anträge! Im Juli 2020 stiegen die eingehenden Anträge auf 32.325 an und im August waren es dann noch 26.517 eingehende Anträge!

## Gespräche über die aktuellen Entwicklungen in der Beihilfe

Die monatlichen Bearbeitungszeiten lagen z. B. im August 2019 bei 14,5 Tagen, im Januar 2020 bei 12,4 Tagen, im Februar bei 13,5 Tagen und im August 2020 bei 6,1 Werktagen. Die durchschnittlichen Jahresbearbeitungszeiten lagen im August 2019 bei 10,9, im Februar 2020 bei 12,9 und im August 2020 bei 6,1 Arbeitstagen!

Daraus lässt sich erkennen, an welchen Monaten die meisten Anträge in der ZPD eingehen!

Wir appellieren an unsere Mitglieder, die Anträge mehr auf das Jahr verteilt einzureichen und nicht unbedingt zum Ende des Jahres und in den Sommermonaten Juli/August!

Wir werden immer wieder von Kolleginnen und Kollegen angerufen, die sich über längere Bearbeitungszeiten beklagen! Es gibt aber auch erfreuliche Anrufe von unseren Mitgliedern, die erfreut und verwundert sind, dass sich die Bearbeitungszeit auf sechs bis acht Arbeitstage verkürzt hat und ein Mitglied war so erfreut und konnte es kaum fassen, dass er die Bearbeitungsmitteilung nach drei Werktagen zugesandt bekam! Das ist schon mehr als erfreulich. Die meisten Anträge werden innerhalb des Zieltes von zehn Werktagen, so Herr Jeserich, bearbeitet! Wir kannten alle die Zeiten, wo es bis zu drei Monate gedauert hatte. In diesem Zusammenhang geht auch unser Dank der GdP an die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter ZPD-Geschäftsbereich Beihilfe!

### Sachstand Anträge und Bewilligung für die pauschale Beihilfe

1.780 Personen, die sich in der pauschalen Beihilfe befinden und Anträge abgeben. Diese werden z. Zt. um zehn Fälle pro Monat mehr. Davon sind ca. 300 Versorgungsempfänger

### Krankenhaus Direktabrechnung

Der Rahmenvereinbarung ist Hamburg beigetreten, nur 105 Krankenhäuser im Bundesgebiet haben die Rahmenvereinbarung zur Krankenhausdirektabrechnung unterzeichnet. In Hamburg ist kein Krankenhaus beigetreten.

Nach Aussage der ZPD wollen sich die Krankenhäuser nicht in die Verpflichtung

nehmen lassen und rechnen aber teilweise mit der ZPD direkt ab. Dabei sind z. Zt der größte Kunde die Asklepios Klinik.

Der Patient gibt den unterschriebenen Beihilfeabrechnungsvordruck im Krankenhaus ab, nachdem er darum gebeten hat, dass mit der ZPD direkt abgerechnet werden kann! Ausnahme sind die Privatkliniken!

Im letzten Jahr gingen ca. 470 Anträge der Krankenhäuser in der ZPD ein, davon wurden 415 abgerechnet und 57 Anträge waren nicht abrechenbar, aus den unterschiedlichsten Gründen!

Im Jahr 2020 bis Stand September 2020 gingen ca. 850 Anträge ein und davon konnten 754 abgerechnet werden. Knapp 100 Anträge waren aus den unterschiedlichsten Gründen nicht abrechenbar!

### Bearbeitungszeiten bei Widersprüchen

Die Beihilfeberechtigten erhalten aktuell eine Eingangsbestätigung nach Eingang ihres Widerspruches! Leider soll es in 2019 unterblieben sein. Diese Forderung wurde durch die AG Beihilfe eingebracht. Die Bearbeitungszeit sollte möglichst in drei Monaten entschieden sein! Sollten weitere ärztliche Stellungnahmen und Gutachten eingeholt werden, kann sich die Bearbeitungszeit verlängern.

### Auskunft zu voraussichtlichen Erstattungsbeiträgen bei Zahnersatz

Dieses Thema wurde von uns angesprochen, da es immer wieder vorkommt, dass Beihilfe



feberechtigte nicht alle Kosten erstattet bekommen! Die geplante Zahnbehandlung kann Leistungen enthalten, die gar nicht oder nur unter bestimmten Voraussetzungen beihilfefähig sind!

Die geplante Zahnbehandlung und Zahnersatz sind nicht vorgenehmigungspflichtig, es macht aber Sinn, sich vorher zu erkundigen bzw. das Merkblatt zu lesen.

Die ZPD verweist auf das Merkblatt über die „Beihilfefähigkeit von zahnärztlichen und kieferorthopädischen Leistungen“! Dieses Merkblatt findet man auch im Internet!

Einen Heil- und Kostenplan sollte man aber dringend bei einer kieferorthopädischen Behandlung bei der ZPD einreichen! Eine Berechnung wäre dann aber auch immer unverbindlich, da es sich fast immer um geschätzte Kosten bei den Vorschlägen des Arztes handelt! Der Beihilfeberechtigte sollte sich genau aufklären lassen über die anfallenden Kosten von der behandelnden Zahnärztin oder des Zahnarztes! Mit dem neuen Fachverfahren „BEIREFA“, mit der GOÄ/GOZ welches evtl. in 2022 starten kann, wäre dann die Berechnung perspektivisch umsetzbar und wäre zum Vorteil für den Beihilfeberechtigten!

### Die Beihilfe-App „Meine Arztrechnung“

Die Beihilfe-App für das Smartphone startete im 1. Quartal 2020 und wird schon von den Beihilfeberechtigten sehr gut angenommen. Die App wurde unter den datenschutzrechtlichen Bestimmungen eingerichtet! Es gibt zwar immer noch gewisse Verbesserungen, die aber fortlaufend weiterentwickelt. Zur Zeit liegt die Registrierungsquote bei 13,9% der Beihilfeberechtigten. Die App wurde bisher auf IOS Geräten über 8.000 und auf Android-Geräten über 7.000 Mal heruntergeladen. Über 19.000 Beihilfeanträge wurden bisher auf diesem Wege bearbeitet und verwaltet (Stand 22. September 2020) und über 200 Anträge pro Tag mit steigender Tendenz. Viele Beihilfeberechtigte beklagen noch die aufwendige Registrierung gegenüber der PKV und das fehlende Familienmanagement! Die App wird unter den strengen gesetzlichen Regelungen der DSGVO weiterentwickelt und es soll auch eine Verknüpfung mit den PKV's erfolgen! Wir hoffen, dass mit Abschluss des Projekts Ende 2020 die Kinderkrankheiten beseitigt sind und die App vermehrt von den Beihilfeberechtigten genutzt wird. Für viele Versorgungsempfänger ist die Registrierung und Scannen der Belege noch

zu kompliziert. Für die nachwachsende Generation ist dieses überhaupt kein Problem mehr, es ist nur eine Frage der Zeit!

### Mitteilung über die Leistungsveränderungen in der Beihilfe zum 1. Januar 2020

Nachdem alle aktiven Beschäftigten über Leistungsveränderungen in der Beihilfe zum 1.0 Januar 2020 per E-Mail an den Dienststellen informiert wurden, wurden die Versorgungsempfänger nicht informiert!

Das GdP-Mitglied der AG Beihilfe bemängelte es Anfang des Jahres und bat darum, dass die Versorgungsempfänger bitte schriftlich mit Zustellung der Versorgungsmittelteilung informiert werden sollten! Diese Information sollte nun schon im Mai abgewickelt werden. Leider wurde es durch eine technische Panne verhindert. In einem Telefonat teilte mir der Leiter der ZPD mit, dass die Mitteilung mit der August-Versorgungsmittelteilung versandt wird! Zwischenzeitlich haben alle Versorgungsempfänger dieses Informationsschreiben der ZPD erhalten! Danke an die ZPD!

Über weitere Entwicklungen in der Beihilfe werden wir Euch informieren! ■

## ANKÜNDIGUNG

# Einladung zur Mitgliederversammlung

Wie in diesen Zeiten nicht anders möglich, möchten wir Euch, liebe Mitglieder des Fachbereichs Senioren, erneut unter Vorbehalt zu unserer geplanten Mitgliederversammlung

### Gundula Thiele-Heckel

Fachbereichsvorsitzende Senioren

**am Dienstag, dem 10. November, um 15 Uhr**

in den großen Sitzungssaal des Polizeipräsidiums herzlich einladen.

Als Referenten konnten wir den Vorsitzenden des Seniorenbeirates im Bezirk Wandsbek, Herrn Helmut Hurtz, gewinnen. Er wird uns einen Einblick in das Hamburgische Seniorenmitwirkungsge-

setz und der daraus resultierenden Zusammensetzung der Seniorendelegiertenversammlung und der Seniorenbeiräte geben. Außerdem hat er eine langjährige Erfahrung im Bereich der aktiven Arbeit im Bezirkssenioren- und auch Landeseniorenbeirat.

Die Amtszeit in den sieben Bezirken endet 2021, sodass wir als GdP aufgefordert werden, jeweils einen/eine Delegierten/te für die einzelnen Bezirke zu melden. Bis 12. Februar 2021 müssen die Meldungen dann den einzelnen Bezirksämtern vorliegen.

Die Veranstaltung soll euch eine Hilfestellung in eurer Entscheidung geben, sich als Delegierter/te zur Verfügung zu stellen, damit wir letztendlich in allen Bezirken vertreten sein werden. Auch die Senio-



renarbeit in unseren einzelnen Bezirken ist uns als GdP wichtig, wird die Generation „der Alten“ in Hamburg immer größer und wird in Zukunft immer mehr Hilfe und Unterstützung brauchen.

Zusätzlich können unsere Vorstandsmitglieder Reinhold Knüppel und Karin Schulz-Torge euch berichten, wieviel Freude die Arbeit in den Bezirksseniorenbeiräten macht und was dort für uns Senioren bewegt wurde und bewegt wird und euch Fragen beantworten, gibt es in den einzelnen Bezirken in Hamburg doch unterschiedliche Themen, die die dort lebenden Senioren betreffen.

Der große Sitzungssaal im Polizeipräsidium wird uns netterweise erneut zur Verfügung gestellt, damit wir die Abstandsregeln einhalten können.

**Achtung:** Da die Veranstaltungsaufgaben weiterhin Bestand haben, meldet bitte eure Teilnahme, auch die Erreichbarkeit über eine Telefonnummer, in der GdP-Geschäftsstelle bei Maren Hagemann oder Nina Krüger (Tel.: [040] 280896-17/20) an.

Die Erreichbarkeit ist für uns wichtig, falls aus nicht vorhersehbaren Gründen die Mitgliederversammlung kurzfristig abgesagt werden muss, außerdem sind wir verpflichtet, alle Teilnehmer dieser Veranstaltung namentlich mit Erreichbarkeiten festzuhalten.

Das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes zumindest bis zu eurem Sitzplatz ist wichtig, da wir jeden einzelnen von uns schützen wollen. Auch bei uns gelten die allgemeinen Hygienevorschriften.

Weil wir nicht in der Polizeikantine sein werden, empfehlen wir, sich mit Getränken selbst zu versorgen. Die Novemberveranstaltung war in der Regel für euch auch ein Abschluss des Jahres mit Kaffee und Kuchen. Dieses Jahr wird dieses aufgrund der Corona-Pandemie nicht durchzuführen sein, der Vorstand wird sich aber wenigstens um ein kleines Dankeschön für eure Treue und eure Unterstützung in unserer Seniorenarbeit bemühen, seid gespannt und bleibt gesund. ■

## Gratulation zum wohlverdienten Ruhestand

### Hinweis:

Aus datenschutzrechtlichen Gründen ist eine Veröffentlichung von 25- und 40-jährigen Dienstjubiläen ohne ausdrückliche Zustimmung des Jubilars in der Zeitschrift „Deutsche Polizei“ leider nicht mehr gestattet. Sollte eine Veröffentlichung des Dienstjubiläums gewünscht werden, bitten wir um Mitteilung des Termins an die GdP-Mitgliederverwaltung.

**Tel.: (040) 280896-17**



Anzeigen

**Wenn die Welt auf einmal stillsteht.**  
Zuverlässige Hilfe im Trauerfall – jederzeit.

**100 Jahre**  
**GBI**  
Großhamburger Bestattungsinstitut rV

Immer für Sie da.  
**040 - 24 84 00**  
[www.gbi-hamburg.de](http://www.gbi-hamburg.de)

**GBI DAS HAMBURGER ORIGINAL**  
SEIT 1929